
Wachstum ohne Mehrbeschäftigung

Die deutsche Wirtschaft wächst. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) dürfte in diesem Jahr um 1,5% zunehmen. Das ist deutlich mehr als in den letzten drei Jahren der wirtschaftlichen Stagnation. Doch der konjunkturelle Aufschwung geht am Arbeitsmarkt vorbei, der weiterhin durch sinkende Beschäftigung und steigende Arbeitslosigkeit gekennzeichnet ist. Die für das Frühjahr übliche Belebung der Arbeitsnachfrage fiel schwächer als üblich aus. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote verharrte im Mai 2004 bei 10,5%. Das bedeutet: selbst ein Wachstum des realen BIP von 1,5%, das gerade dem Potentialwachstum entspricht, bleibt zu schwach, um dem Arbeitsmarkt spürbare Impulse zu verleihen. Die Beschäftigungsschwelle, ab der mehr Wachstum auch zu mehr Arbeitsplätzen führt, ist in Deutschland zu hoch.

Was ist zu tun? Zunächst gilt es, die Beschäftigungsschwelle abzusenken, damit ein konjunktureller Aufschwung rascher eine höhere Arbeitsnachfrage erzeugt. Ebenso sehr bedarf es jedoch eines stärkeren Potentialwachstums. Dieses bestimmt die Grundgeschwindigkeit, um die herum das tatsächliche Wachstum in guten Zeiten nach oben und in schlechten Zeiten nach unten abweicht. Sollte der seit Mitte der neunziger Jahre feststellbare Trend zu einer verlangsamt Dynamik auch in Zukunft weitergehen – ein Szenario, das nicht zuletzt aufgrund der demographischen Alterung nicht unrealistisch scheint –, dann fehlt dem Arbeitsmarkt der so wichtige nachhaltige Rückenwind. Wachstum bleibt im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit die wirkungsvollste Waffe. Alles was die wirtschaftliche Dynamik voranbringt, verbessert die langfristigen Beschäftigungschancen. Mehr Investitionen in Sachkapital (Maschinen) oder Humankapital (Bildung) sowie bessere Technologien helfen. Sie sind die Quellen wirtschaftlichen Wachstums, das in der Folge auch für mehr Beschäftigung sorgt.

Wie lässt sich eine Beschäftigungsschwelle absenken? Es bedarf der richtigen Anreize, um neue Arbeitsplätze anzubieten. Wie einfach ist es, Arbeitskräfte bei Bedarf einzustellen und in schlechten Zeiten zu entlassen? Dabei geht es auch um die Zumutbarkeit von offenen Stellen für Arbeitssuchende. Ebenso spielen Handwerksordnungen, gewerbepolizeiliche oder arbeitsrechtliche Vorschriften sowie bürokratische Hürden auf dem Weg in eine Selbständigkeit eine wichtige Rolle. Mit den Hartz-Reformen ist hier einiges in Bewegung gekommen.

Für die Arbeitsnachfrage ist die Höhe der Lohnkosten ein wichtiger Faktor. Firmen im internationalen Preiswettbewerb werden permanent gezwungen, Kosten zu senken. Für die Lohnkosten heißt das, entweder bei der Zahl der Arbeitskräfte oder bei der Lohnhöhe zu sparen. Im ersten Fall werden Arbeitskräfte durch Rationalisierung freigesetzt. Im zweiten Fall kann Lohnzurückhaltung helfen. Die in Deutschland kontrovers diskutierte und bei Siemens bereits realisierte Rückkehr zu längeren Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich zielt in die richtige Richtung. Die Faustregel ist einfach genug: bei einer 38-Stunden-Woche erbringt eine Stunde Mehrarbeit bei gleichem Lohn eine Kostenersparnis von 2,6%.

Allerdings darf man sich keine Illusionen machen: Sobald sich eine deutsche Firma dem internationalen Preiswettbewerb stellen muss, kann Lohnzurückhaltung den Prozess des Arbeitsplatzabbaus nur verzögern. Aufhalten kann sie ihn nicht. Denn die Stundenlöhne in Osteuropa oder gar in Ostasien werden immer niedriger sein als in Deutschland. Eine andere Frage ist, was pro Stunde produziert wird. Hier brauchen sich deutsche Arbeitskräfte nicht zu verstecken. Im Gegenteil: die Arbeitsproduktivität in Deutschland gehört in den meisten Branchen zu den höchsten der Welt. Aber der Produktivitätsfortschritt ist äußerst beschei-



Thomas Straubhaar

den. Wenn die andern aufholen, muss alles getan werden, um die Arbeitsproduktivität immer weiter zu steigern. Das hilft dann aber nur denjenigen, die international wettbewerbsfähig sind, weil sie mit viel Kapital und modernen Technologien bei sehr niedrigen Stückkosten produzieren.

Für die meisten Firmen im internationalen Wettbewerb aber muss die Devise lauten: besser statt billiger produzieren. Sie sollen nach einem Wissens- oder Technologievorsprung streben, der ihnen eine monopolistische Stellung einräumt. Damit müssen sie ihre Kosten nicht den von internationalen Wettbewerbern diktierten Preisen unterwerfen. Oder aber die Anbieter sind in Bereichen tätig, die Wettbewerber aus dem Ausland nicht bestreiten können. In diesem Fall sind die Aktivitäten durch Distanzkosten geschützt. Das gilt etwa für lokale Dienstleistungen, einen Teil der freien Berufe, des Handwerks, des verarbeitenden Gewerbes und des Handels oder selbst für Gesundheits- und Bildungsleistungen.

Das Arbeitsangebot hat auch etwas mit dem Anspruchslohn und dem Abstand von Erwerbseinkommen und Sozialhilfe zu tun. Wenn die Sozialhilfe faktisch als Mindestlohn wirkt und die Sozialtransfers für manche zu nahe an Arbeitseinkommen liegen, lohnt sich für zu viele nicht, mehr zu arbeiten. Die soeben beschlossene Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einem Arbeitslosengeld II, das sich an der Bedürftigkeit der Empfänger (und nicht am letzten Einkommen) und den Vermögensverhältnissen orientiert, wird sich – wenn auch erst längerfristig – positiv auswirken.

Schließlich wird das Spiel von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt durch die zu hohen Lohnnebenkosten beeinträchtigt. Weniger die Lohnsteuern als die Abgaben für die Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung haben die Entwicklung der Arbeitskosten in den letzten Jahrzehnten enorm belastet. Die Sozialversicherungsbeiträge haben sich in den letzten fünfzig Jahren mehr als verdoppelt. 1950 lagen sie bei 20% des Bruttoarbeitsentgelts. 2003 erreichten sie 42%. Der Keil zwischen Brutto und Netto wird immer breiter. Leistung und Bezahlung klaffen zunehmend weiter auseinander. Zwischen 1991 und 2003 stiegen die Bruttoarbeitskosten um 20,6%, die Nettoverdienste erhöhten sich jedoch lediglich um 5,0%! Die von der Bundesregierung angestrebte Senkung der Lohnnebenkosten ist unausweichlich. Die Sozialabgaben wirken wie eine Strafsteuer auf Arbeit – ausgerechnet jenen Faktor, den man möglichst attraktiv machen sollte. Es führt kein Weg daran vorbei, Sozialpolitik generell aus Steuern und nicht aus Löhnen zu finanzieren.

Ob neue Arbeitsplätze entstehen, hängt letztlich auch von der Relation der Kapitalkosten zu den Arbeitskosten ab. Wenn es billiger ist, Maschinen statt Menschen die Arbeit machen zu lassen, wird automatisiert und rationalisiert. Die Wirtschaft wächst. Sie wächst aber nicht, weil das Arbeitsvolumen zunimmt. Sie wächst „jobless“, weil Maschinen dafür sorgen, dass bereits beschäftigte Menschen produktiver arbeiten. Die Arbeitsproduktivität steigt und scheint höhere Löhne für jene zu rechtfertigen, die noch eine Beschäftigung haben.

Was aber ist mit jenen Arbeitskräften, die durch Maschinen freigesetzt worden sind? Sie sind ein Beleg dafür, dass die gestiegene Arbeitsproduktivität eher ein rechnerisches Artefakt als eine wirkliche Verbesserung ist. Rationalisierungsinvestitionen sorgen in einer Volkswirtschaft wie der deutschen, die durch eine mangelnde Anpassungsfähigkeit an den beschleunigten Strukturwandel gekennzeichnet ist, nicht für mehr, sondern für weniger Beschäftigung. Forderungen nach einer Weitergabe der Produktivitätsfortschritte an die Beschäftigten führen zu neuen arbeitssparenden Rationalisierungsinvestitionen. Die Wirtschaft wächst und wächst und die Beschäftigung sinkt und sinkt. Wie lange dieser Prozess anhält, hängt auch entscheidend davon ab, ob sich die Arbeitsmarktpolitik darauf konzentriert, das Entstehen neuer Arbeitsplätze zu fördern anstatt alte, bereits bestehende Beschäftigungsverhältnisse zu schützen und zu bewahren.